

Steuerparadiese Niederlande und Schweiz

Die Hilfsorganisation Oxfam hat eine Rangliste von 15 Ländern erstellt, die sich nach wie vor zur Steuerflucht eignen. Sie wird von den Bermudas, Kaimaninseln, Niederlanden und Schweiz angeführt. Indes wollen einige Regierungen Unternehmenssteuern senken.

Wien – Die soziale Ungleichheit erreicht einen neuen Höchstwert: Laut einer Untersuchung der Hilfsorganisation Oxfam besitzen die reichsten 62 Personen der Welt mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammengenommen. Ein Grund dafür sind Steueroasen. So entgehen laut Schätzungen allein den Entwicklungsländern jährlich 100 Milliarden Dollar durch Steuervermeidung multinationaler Konzerne.

Oxfam veröffentlichte nun unter dem Titel „Tax Battles: The dangerous global Race to the Bottom on Corporate Tax“ eine Liste der 15 schlimmsten Steueroasen weltweit. Angeführt wird diese von den Bermudas, den Kaimaninseln und den Niederlanden. Auf Rang vier folgt die Schweiz. Auf den weiteren Plätzen stehen

Irland, Luxemburg, Curaçao, Hongkong, Zypern, die Bahamas, Jersey, Barbados, Mauritius und die Britischen Jungferninseln. Die Analyse zeigte, dass 90 Prozent der 200 größten Unternehmen Ableger in Steueroasen hatten. Zudem ging der durchschnittliche Steuersatz in den letzten 25 Jahren von 40 auf unter 30 Prozent zurück. Untersucht wurden der Umgang mit extrem niedrigen oder gar keinen Unternehmenssteuersätzen, die Gewährung unverhältnismäßiger Steueranreize und fehlende Mechanismen, um die Verlagerung von Gewinnen in Steueroasen zu verhindern. Es sei dringend notwendig, dass bei den geplanten schwarzen Listen von Steueroasen ungeschönte Maßstäbe angelegt werden, fordert Oxfam-Experte Tobias Hauschild.

Im Juni hatten sich die EU-Fi-

nanzminister grundsätzlich auf ein Maßnahmenpaket gegen Steuerflucht geeinigt. Auch die G20 haben den Kampf gegen Steuerschlupflöcher für Konzerne und Steueroasen zu einem ihrer Hauptziele erklärt. In Zukunft soll es nicht mehr so einfach wie bisher sein, mit Zinszahlungen an Töchter in Ländern mit niedrigen Steuersätzen den steuerpflichtigen Gewinn zu drücken. Im Entwurf ist dafür ein Limit von 30 Prozent des Ertrags oder eine Million Euro genannt. Zudem soll es schwieriger werden, Betriebsteile in ein Land mit niedrigen Steuersätzen zu verlagern. In diesem Fall soll eine „Exit-Steuer“ fällig werden. Auch Steuerbefreiungen für im Ausland erzielte Erträge soll es künftig nicht mehr geben.

Angesichts der Ankündigungen der britischen Premierministerin Theresa May und des designierten US-Präsidenten Donald Trump, die Firmensteuern zu senken, warnte der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble vor einem unfairen Steuerwettlauf in der Welt. Das Thema sei bereits auf der G20-Agenda. (ch)



Schwarze Listen: Viele Steueroasen gedeihen prächtig.

Foto: Imago

